

**No. 28433**

---

**AUSTRIA  
and  
CZECHOSLOVAKIA**

**Agreement concerning the promotion and protection of investments. Signed at Vienna on 15 October 1990**

*Authentic texts: German and Czech.  
Registered by Austria on 21 October 1991.*

---

**AUTRICHE  
et  
TCHÉCOSLOVAQUIE**

**Accord relatif à l'encouragement et à la protection des investissements. Signé à Vienne le 15 octobre 1990**

*Textes authentiques : allemand et tchèque.  
Enregistré par l'Autriche le 21 octobre 1991.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

# ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN RE- PUBLIK ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON IN- VESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE  
TSCHECHISCHE UND SLOWAKISCHE FÖ-  
DERATIVE REPUBLIK, im folgenden die „Ver-  
tragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, freund-  
schaftliche Beziehungen im Einvernehmen mit den  
Grundsätzen der Schlußakte der Konferenz über  
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am  
1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet wurde, zu  
entwickeln und gunstige Voraussetzungen für eine  
größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen  
den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Forderung  
und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft  
zur Vornahme solcher Investitionen stärken und  
dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung  
der Wirtschaftsbeziehungen leisten können.

## SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

### Artikel 1

#### Definitionen

##### Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, die durch den Investor einer Vertragspartei auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften veranlagt werden, insbesondere:

- a) bewegliche und unbewegliche Sachen sowie alle dinglichen Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Forderungen oder Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Rechte auf dem Gebiet des geistigen Eigentums, einschließlich Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte wie Erfindungsrechte, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Good-will;
- e) öffentlichrechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturressourcen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“ in bezug auf die Republik Österreich

a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzt und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

b) jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechtes, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

in bezug auf die Tschechische und Slowakische Föderative Republik

a) jede natürliche Person, die gemäß der tschechoslowakischen Rechtsordnung Angehörige der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ist, gemäß der tschechoslowakischen Rechtsordnung als Investor zu handeln berechtigt ist und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

b) jede juristische Person, die gemäß der tschechoslowakischen Rechtsordnung errichtet worden ist, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik hat und die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Ertrag“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und umfaßt insbesondere Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwachs, Dividenden, Tantiemen und Lizenzgebühren

### Artikel 2

#### Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig

(2) Investitionen und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleches gilt im Falle ihrer Wiederveranlagung auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung oder Veränderung einer Investition hat in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zu erfolgen, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wird.

**Artikel 3****Behandlung von Investitionen**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger gunstig als eigene Investoren oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 beziehen sich jedoch nicht auf gegenwärtige oder künftige Vorteile, die eine Vertragspartei den Investoren eines dritten Staates oder deren Investitionen einraumt im Zusammenhang mit

- a) einer Wirtschaftsunion, einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen oder einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

**Artikel 4****Erschädigung**

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder einer sonstigen Maßnahme mit gleicher Wirkung unterworfen werden.

(2) Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmaßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als ihre eigene Gesellschaft anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(5) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten

entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

**Artikel 5****Überweisungen**

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition steinenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition, einschließlich ihrer Verwaltung;
- b) der Erträge;
- c) der Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- e) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Überweisungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den offiziellen Wechselkursen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die am Tage der Überweisung gelten. Die Bankgeouhren werden gerecht und angemessen sein.

**Artikel 6****Eintrittsrecht**

(1) Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr zu erachtende Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors nach Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsvertrags auf die erstgenannte Vertragspartei an. Dies gilt unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens.

(2) Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

**Artikel 7****Andere Verpflichtungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Ver-

pflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie gunstiger ist.

(2) Investoren einer Vertragspartei können mit der anderen Vertragspartei besondere Verträge abschließen, deren Bestimmungen jedoch nicht im Widerspruch zu diesem Abkommen stehen dürfen. Die nach diesen Verträgen getaugten Investitionen werden durch deren Bestimmungen sowie durch die Bestimmungen dieses Abkommens geregelt.

#### Artikel 8

##### Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, die die Höhe oder die Zahlungsmodalitäten einer Entschädigung gemäß Artikel 4 oder Transferverpflichtungen gemäß Artikel 5 dieses Abkommens betreffen, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei durch ein Schiedsverfahren nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung in der zum Zeitpunkt des Antrags auf Einleitung des Schiedsverfahrens gültigen Fassung entschieden.

(3) Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihrer Rechtsordnung sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie bezüglich einiger oder aller seiner Verluste eine Entschädigung erhalten habe.

#### Artikel 9

##### Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwen-

dung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, in dem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf eine dritte Person als Vorsitzenden einigen. Die Mitglieder sind innerhalb von drei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter den selben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; die Entscheidung ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei tragt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seiner Entscheidung eine andere Kostenregelung treffen.

#### Artikel 10

##### Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet nach dem 1. Januar 1950 vorgenommen haben oder vornehmen werden.

**Artikel 11****Inkrafttreten und Dauer**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 15 Oktober 1990, in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik  
Österreich:

Dkfm. FERDINAND LACINA

Für die Tschechische und Slowakische  
Föderative Republik:

Ing. VÁCLAV KLAUS

## [CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

# DOHODA MEZI ČESKOU A SLOVENSKOU FEDERATIVNÍ REPUBLIKOU A RAKOUSKOU REPUBLIKOU O PODPORE A OCHRANĚ INVESTIC

ČESKÁ A SLOVENSKÁ FEDERATIVNÍ REPUBLIKA A RAKOUSKÁ REPUBLIKA dále jen „smluvní strany“,

VEDENY PRÁNÍM rozvíjet přátelské vztahy v souladu se zásadami Závěrečného aktu Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě, podepsaného dne 1 srpna 1975 v Helsinkách, a vytvořit příznivé předpoklady pro větší hospodářskou spolupráci mezi smluvními stranami;

JSOUCE PRÉSVĚDČENY, že podpora a ochrana investic může posilovat zájem zakládat takové investice, a tím významně přispět k rozvoji hospodářských vztahů.

## DOHODY SE NA TOMTO:

### Článek 1

#### Definice

##### Pro účely této Dohody

(1) pojem „investice“ zahrnuje všechny majetkové hodnoty, které jsou uskutečněny investorem jedné smluvní strany na území druhé smluvní strany v souladu s jejími právními předpisy, zejména:

- a) movité a nemovité věci a všechna večna prava;
- b) podíly a jiné druhy účasti na podnikcích;
- c) pohledávky a nároky na penize, které byly předány, aby vytvořily hospodářskou hodnotu, nebo nároky na plnění, které má hospodářskou hodnotu;
- d) práva z oblasti duševního vlastnictví, včetně autorských prav, obchodní ochranná prava jako patent a vynalezy, obchodní známky, obchodní vzory a modely, jakož i spotřební vzory, technické postupy, know-how, obchodní názvy a goodwill;
- e) veřejnoprávní oprávnění týkající se vyhledávání, dobyvání nebo využití přírodního bohatství;

(2) pojem „investor“ pokud ide o Českou a Slovenskou Federativní Republiku, označuje:

- a) každou fyzickou osobu, která je podle československého právního řádu občanem České a Slovenské Federativní Republiky, podle československého právního řádu je oprávněna jednat jako investor a investuje na území druhé smluvní strany;

b) každou právnickou osobu, která byla zřízena podle československého právního řádu, má sídlo na území České a Slovenské Federativní Republiky a investuje na území druhé smluvní strany;

pokud jde o Rakouskou republiku označuje:

- a) každou fyzickou osobu, která má státní příslušnost Rakouské republiky a investuje na území druhé smluvní strany;
- b) každou právnickou osobu nebo společnost osob podle obchodního práva, která byla zřízena v souladu s rakouským právním řádem, má sídlo na území Rakouské republiky a investuje na území druhé smluvní strany;

(3) pojem „výnosy“ označuje všechny částky, které plynou z investice a zahrnuje zejména zisky, úroky, přírůstky kapitálu, dividendy, tanuemy a licenční poplatky.

### Článek 2

#### Podpora a ochrana investic

(1) Každá smluvní strana podle možnosti podporuje na svém území investice investorů druhé smluvní strany, umožňuje jejich vznik v souladu se svým právním řádem a v každém případě s nimi nakládá rádně a spravedlivě.

(2) Investice a jejich výnosy pozívají na ochranu podle této Dohody. Totéž platí v případě reinvestic pro jejich výnosy. Právní rozšíření nebo změna investice se musí uskutečnit v souladu s právními předpisy smluvní strany, na jejímž území je investice zřízena.

### Článek 3

#### Nakládání s investicemi

(1) Každá smluvní strana nakládá s investory druhé smluvní strany a jejich investicemi ne meně příznivě než s vlastními investory nebo s investory třetích států a jejich investicemi.

(2) Ustanovení odstavce I se však nevztahuje na současné nebo budoucí výhody, které jedna smluvní strana poskytuje investorům třetího státu nebo jejich investicím v souvislosti s:

- a) hospodářskou unii, celni unii, společným trhem, zónou volného obchodu nebo hospodářským seskupením;

- b) mezinárodní dohodou nebo mezistátní smlouvou nebo vnitrostátním právním předpisem o daňových otázkách;
- c) úpravou k ulehčení pohraničního styku.

#### Článek 4

##### Odškodnění

(1) Investice investorů jedné smluvní strany směřuje na území druhé smluvní strany vyvlastněny, znařodněny nebo podrobeny jinému opatření se stejnými důsledky ien ve veřejném zajmu, na zakladě pravního postupu a proti odškodnění.

(2) Odškodnění musí odpovídat hodnotě investice bezprostředně před tím, než bylo zverejněno skutečné nebo hrozící vyvlastnění. Odškodnění musí být poskytnuto bez prodlení a musí být úročeno až do doby zaplacení běžnými bankovními úrokovými sazaby toho statu, na jehož území byla investice zřízena; musí být volné převoditelné. Neipozději v době vyvlastnění musí být vhodným způsobem zajištěno stanovení výše a poskytnutí odškodnění.

(3) Jestliže jedna smluvní strana vyvlastní majetkové hodnoty společnosti, na kterou nutno podle článku 1 odstavec 2 této Dohody pohližet jako na vlastní společnost a na které má investor druhé smluvní strany podíl, použijí se ustanovení odstavce 1 tak, aby priměrné odškodnění investora bylo zajištěno.

(4) Investor má právo nechat provérti opravnost vyvlastnění příslušnými orgány smluvní strany, která provedla vyvlastnění.

(5) Investor má právo nechat provérti výši odškodnění a způsob jeho zaplacení bud' příslušnými orgány smluvní strany, která provedla vyvlastnění, nebo rozhodčím soudem podle článku 8 této Dohody.

#### Článek 5

##### Převody

(1) Každá smluvní strana zaručuje investorům druhé smluvní strany bez prodlení volný převod platu, které souvisejí s investicí ve volné směnitelné mene, zejména

- a) kapitalu a dodatečných částek k údržbě nebo rozšíření investice, včetně její spravy;
- b) vynosu;
- c) spětek pujček,
- d) vynosu v případě úplne nebo částečné likvidace nebo prodeje investice;
- e) odškodnění podle článku 4 odstavce 1 této Dohody.

(2) Převody podle tohoto článku se uskutečňují oficiálním směnným kursem platným na území

smluvní strany v den převodu. Bankovní poplatky budou v rádné výši a přiměřene.

#### Článek 6

##### Subrogace

(1) Jestliže jedna smluvní strana nebo ji zmocněná instituce poskytne svemu investorovi platbu z důvodu záruk na investici umístěné na území druhé smluvní strany, uzna druhá smluvní strana převod všechn prav nebo nároků tohoto investora poale zákona nebo na zakladě pravního ujednání na první smluvní stranu. To platí bez ohledu na prava investora první smluvní stranu vyplývající z článku 8 a prava první smluvní stranu vyplývající z článku 9 této Dohody.

(2) Dále uzna druhá smluvní strana vstup první smluvní stranu do všech orav nebo nároků, které je první smluvní strana opravnena vykonavat ve stejném rozsahu jako její pravní předchůdce. Pro převod platu, jež mali být proveden na zakladě prevedených nároků na uvedenou smluvní stranu, platí přiměřene článek 4 a 5 této Dohody.

#### Článek 7

##### Jiné závazky

(1) Vyplývají-li z pravních předpisů jedné smluvní strany nebo z mezinárodněprávních závazků, které platí mezi smluvními stranami kromě této Dohody nebo vzniknou v budoucnosti, všeobecná nebo zvláštní ustanovení, na zakladě nichž mali být poskytnuto investicím investorů jiné smluvní stranu výhodnější zacházení nez podle této Dohody, používají se tato ustanovení do te míry, do které jsou vůči stavající Dohodě výhodnější.

(2) Investoré jedné smluvní strany mohou uzavřít s druhou smluvní stranou zvláštní smlouvy, avšak jejich ustanovení nesmeli být v rozporu s touto Dohodou. Investice založené podle této smluv se budou řídit jejich ustanoveními, jakož i ustanoveními této Dohody.

#### Článek 8

##### Řešení sporů z investic

(1) Vzniknou-li mezi jednou smluvní stranou a investorem druhé smluvní strany spory týkající se investice o výši nebo způsobu zaplacení odškodnění podle článku 4 nebo povinnostu převodu podle článku 5 této Dohody, budou vyřešeny, pokud možno, mezi stranami ve sporu přátelsky.

(2) Nemuže-li být spor podle odstavce 1 vyřešen ve lhůtě šesti měsíců od pisemného oznámení týkajícího se dostatečně určených nároků, bude spor rozhodnut, není-li dohodnuto jinak, na návrh smluvní strany nebo investora druhé smluvní strany

v rozhodcím řízení podle rozhodčích pravidel UNCITRAL ve znení platném pro obě smluvní strany v době podání navrhu na rozhodcí řízení.

(3) Rozhodnutí rozhodčího soudu je konečné a závazné; každá smluvní strana zaistí uznaní a provedení rozhodčího nálezu v souladu se svým právním řádem.

(4) Smluvní strana, která je stranou ve sporu, neudištění v žádném stadiu smířicího nebo rozhodčího řízení nebo při výkonu rozhodčího výroku žádce, že investor, který je druhou stranou ve sporu, obdržel za některé nebo všechny své ztraty odskočnění na základě záruky.

#### Článek 9

##### Spory mezi smluvními stranami

(1) Spory mezi smluvními stranami o výklad nebo použití Dohody mají být, pokud možno, odstraněny v rámci protakých jednání.

(2) Nemohou-li být spory podle odstavce 1 odstraněny během šesti měsíců, budou předloženy na žádost jedné ze smluvních stran k posouzení rozhodčímu soudu.

(3) Rozhodčí soud bude zřízen případ od případu. Každá smluvní strana určí jednoho rozhodce a tuto dva rozhodci se dohodnou na třetí osobě, iž bude působit jako předseda. Rozhodci mají být určeni do tří měsíců a předseda do dalších dvou měsíců poté, co jedna smluvní strana oznámila druhé smluvní straně, že hodlá předložit spor rozhodčímu soudu.

(4) Nebudou-li lhůty uvedené v odstavci 3 dodrženy a není-li jiné dohody, může každá smluvní strana požádat předsedu Mezinárodního soudního dvora, aby provedl potřebná jmenování. Je-li předseda Mezinárodního soudního dvora státním občanem jedné ze smluvních stran nebo má-li jinou překážku, může být požádán zástupce předsedy a v případě, že by ani on nemohl, služebně nejstarší člen Mezinárodního soudního dvora, aby za stejných podmínek provedl jmenování.

(5) Rozhodčí soud sám určuje procesní pravidla.

(6) Rozhodčí soud rozhoduje na základě této Dohody a všeobecně uznávaných pravidel mezinárodního práva. Rozhoduje většinou hlasů; rozhodnutí je konečné a závazné.

(7) Každá smluvní strana nese výlohy svého rozhodce a svého zastoupení v rozhodcím řízení. Výlohy předsedy a ostatní výlohy nesou obě strany stejným dilem. Soud však může ve svém výroku rozhodnout o nakladech jinak.

#### Článek 10

##### Použití Dohovy

Tato Dohoda plau pro investice, které investoři jedne smluvní strany zřídili v souladu s právnimi predpisy druhé smluvní strany na jejím území po 1. 1. 1950, nebo které budou zřízeny později.

#### Článek 11

##### Vstup v platnost a trvaní

(1) Tato Dohoda podléhá ratifikaci a vstupuje v platnost prvního dne třetího měsíce, který nasleduje po měsíci, v němž byly vyměněny ratifikační listiny.

(2) Dohoda zůstává v platnosti 10 let; po uplynutí této doby bude prodloužena na neurčitou dobu a může být písemně diplomatickou cestou vypovězena kteroukoliv smluvní stranou, při dodržení vypovední lhůty 12 měsíců.

(3) Na investice, které byly uskutečněny před ukončením platnosti této Dohody, se vztahují články 1 až 10 této Dohody ještě 10 let po skončení její platnosti.

DÁNO ve Vídni dne 15. října 90 ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce českém a německém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou  
Republiku:

Dkfm. FERDINAND LACINA

Za Českou a Slovenskou  
Federativní Republiku:

Ing. VÁCLAV KLAUS

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

**AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CONCERNING  
THE PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS**

The Republic of Austria and the Czech and Slovak Federal Republic, herein-after referred to as the "Contracting Parties",

Desiring to further friendly relations in accordance with the principles of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe signed in Helsinki on 1 August 1975<sup>2</sup> and to establish favourable conditions for broader economic cooperation between the Contracting Parties,

Recognizing that the promotion and protection of investments can enhance the willingness to undertake such investments and thereby make an important contribution to the development of economic relations,

Have agreed as follows:

*Article I*

**DEFINITIONS**

For the purposes of this Agreement:

(1) "Investment" shall mean all assets that are invested by an investor of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with its legislation, in particular:

- (a) Movable and immovable property and other rights *in rem*;
- (b) Shares and other forms of equity interest in companies;
- (c) Debts receivable or claims to money that was handed over for the purpose of creating economic value, or claims to services that have economic value;
- (d) Rights relating to intellectual property, including copyrights, industrial property rights such as patents, trademarks, industrial designs, models and samples, technical processes, know-how, business names and goodwill;
- (e) Concessions under public law to prospect for, extract or otherwise exploit natural resources.

(2) "Investor" shall mean, in the case of the Republic of Austria:

(a) Any individual who is a citizen of the Republic of Austria and makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any body corporate or commercial partnership constituted in accordance with the laws of the Republic of Austria with a registered office in the territory of the Republic of Austria that makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

<sup>1</sup> Came into force on 1 October 1991, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Prague on 23 July 1991, in accordance with article 11 (1).

<sup>2</sup> *International Legal Materials*, vol. 14 (1975), p. 1292 (American Society of International Law).

In the case of the Czech and Slovak Federal Republic:

- (a) Any individual who is a national of the Czech and Slovak Federal Republic in accordance with Czechoslovak law, who is authorized to act as an investor in accordance with Czechoslovak law and who makes an investment in the territory of the other Contracting Party;
- (b) Any body corporate constituted in accordance with Czechoslovak law with a registered office in the territory of the Czech and Slovak Federal Republic that makes an investment in the territory of the other Contracting Party.
- (3) "Earnings" shall mean the amounts derived from an investment, including in particular profits, interest, capital gains, dividends, directors' percentages of profits and royalties.

### *Article 2*

#### PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall to the extent possible promote investments in its territory by investors from the other Contracting Party, shall permit such investments in accordance with its laws and shall accord them just and equitable treatment.

(2) Investments and the earnings therefrom shall be accorded the full protection of this Agreement. The same shall hold for reinvestment, including reinvestment of earnings. Legal extension or modification of an investment may take place only in accordance with the laws of the Contracting Party in whose territory the investment is made.

### *Article 3*

#### TREATMENT OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall accord investors of the other Contracting Party treatment no less favourable than that accorded to its own investors or investors of a third State and their investments.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply, however, to present or future privileges accorded by one Contracting Party to the investors of a third State or their investments in connection with:

- (a) An economic union, tariff union, common market, free trade zone or economic community;
- (b) An international convention or intergovernmental agreement or domestic legislation concerning tax matters;
- (c) An arrangement to facilitate frontier traffic.

### *Article 4*

#### COMPENSATION

(1) Investments by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party may not be expropriated, nationalized or subjected to other

measures having similar consequences except in the public interest, on the basis of legal proceedings and in return for compensation.

(2) Compensation must correspond to the value of the investment immediately prior to the time that the actual or impending expropriation became public knowledge. Compensation must be paid without delay and shall earn interest until it is paid, at the customary bank rate of interest in the State in whose territory the investment was made; it must be freely transferable. Provision shall be made no later than the date of expropriation for determining and paying compensation.

(3) If a Contracting Party expropriates the property of a company which is considered to be a company of that Contracting Party according to article 1, paragraph 2, of this Agreement and in which an investor of the other Contracting Party owns shares, the provisions of paragraph 1 shall be applied in such a way as to ensure that such an investor receives appropriate compensation.

(4) The investor shall have the right to have the legality of the expropriation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party which has instituted the expropriation.

(5) The investor shall have the right to have the amount of compensation and the arrangements for paying it reviewed by the competent authorities of the Contracting Party which has instituted the expropriation or by an arbitral tribunal in accordance with article 8 of this Agreement.

### *Article 5*

#### REMITTANCES

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party free transfer without delay in freely convertible currency of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Capital and additional payments to maintain or increase an investment, including management fees;
- (b) Earnings;
- (c) Loan repayments;
- (d) Proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Compensation in accordance with article 4, paragraph 1, of this Agreement.

(2) Remittances in accordance with this article shall be at the official rates of exchange in effect in the territory of the Contracting Party on the date of remittance. The bank charges applied shall be fair and reasonable.

### *Article 6*

#### SUBROGATION

(1) If a Contracting Party, or an institution authorized for that purpose, makes payments to its own investor on the basis of a guarantee on an investment in the territory of the other Contracting Party, that other Contracting Party shall recognize the assignment of all rights or claims of the investor to the first-mentioned Contracting Party by operation of law or on the basis of a legal transaction. This provi-

sion shall apply without prejudice to the rights of the investor of the first-mentioned Contracting Party under article 8 and the rights of the first-mentioned Contracting Party under article 9 of this Agreement.

(2) Furthermore, the other Contracting Party shall recognize the subrogation by the first-mentioned Contracting Party of all such rights or claims, to which the first-mentioned Contracting Party shall be entitled to the same extent as its legal predecessor. Articles 4 and 5 of this Agreement shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments to be made to the Contracting Party in question on the basis of the assigned claims.

### *Article 7*

#### OTHER OBLIGATIONS

(1) If under the laws of one of the Contracting Parties or under international obligations now or in the future undertaken between the Contracting Parties in addition to this Agreement there exists a general or special regime whereby the investments of investors of the other Contracting Party are accorded more favourable treatment than under this Agreement, the said regime shall take precedence over the present Agreement to the extent that it is more favourable.

(2) Investors of one Contracting Party may conclude special agreements with the other Contracting Party, but the provisions thereof may not be in contradiction to this Agreement. The investments made under such agreements shall be governed both by the provisions thereof and by the provisions of this Agreement.

### *Article 8*

#### SETTLEMENT OF DISPUTES CONCERNING INVESTMENTS

(1) If disputes should arise between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an investment with regard to the amount or the arrangements for payment of compensation in accordance with article 4, or to the transfer obligations in accordance with article 5 of this Agreement, they shall as far as possible be settled between the parties to the dispute on an amicable basis.

(2) If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within six months from written notification of sufficiently specific claims, the dispute shall be resolved, unless otherwise agreed, by arbitration at the request of the Contracting Party or the investor of the other Contracting Party in accordance with the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL) in the version in effect on the date of the request to initiate arbitral proceedings.

(3) The decision of the arbitral tribunal shall be final and binding; each Contracting Party shall ensure the recognition and enforcement of the arbitral award in accordance with its own laws.

(4) A Contracting Party which is a party to the dispute may not at any stage of the arbitral proceedings or the enforcement of the arbitral award raise the objection that the investor who is the other party to the dispute has received compensation for some or all of his losses on the basis of a guarantee.

### Article 9

#### DISPUTES BETWEEN CONTRACTING PARTIES

(1) Disputes between Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled on an amicable basis.

(2) If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within six months, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either of the two Contracting Parties.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted on an *ad hoc* basis; each Contracting Party shall appoint one arbitrator, and the two arbitrators shall agree on a third person to act as chairman. The arbitrators shall be appointed within three months from the date on which one Contracting Party has informed the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal, and the chairman shall be appointed within a further two months.

(4) If the time-limits specified in paragraph 3 are not met, either Contracting Party may, in the absence of any other agreement, request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of one of the two Contracting Parties or is unable to act for any other reason, the Vice-President or, if he is unable to act, the most senior member of the International Court of Justice may under the same conditions be asked to make the appointments.

(5) The arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) The arbitral tribunal shall base its decision on this Agreement and on generally recognized rules of international law. It shall decide by majority vote; its decision shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the cost of its own arbitrator and of its representation in the arbitration proceedings. The cost of the chairman and the other costs shall be shared equally by the two Contracting Parties. The tribunal, however, may make a different ruling on costs in its decision.

### Article 10

#### APPLICATION OF THIS AGREEMENT

This Agreement shall be applicable to investments that investors of one Contracting Party have made or will make in the territory of the other Contracting Party in accordance with its laws after 1 January 1950.

### Article 11

#### INCEPTION AND DURATION

(1) This Agreement is subject to ratification, and shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification have been exchanged.

(2) The Agreement shall remain in force for ten years; upon the expiry of that period, it shall be extended for an indefinite period of time and may be denounced

by either Contracting Party subject to twelve months' prior notice in writing through the diplomatic channel.

(3) In the case of investments that will have been made before the date of denunciation of this Agreement, articles 1 to 10 of this Agreement shall apply for a further ten years from that date.

Done at Vienna on 15 October 1990 in two originals, each in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

FERDINAND LACINA

For the Czech and Slovak  
Federal Republic:

VÁCLAV KLAUS

---

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

**ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE ET SLOVAQUE RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS**

La République d'Autriche et la République fédérale tchèque et slovaque, ci-après dénommées les Parties contractantes,

Animées du désir de développer des relations amicales en accord avec les principes de l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, qui a été signé à Helsinki le 1<sup>er</sup> août 1975<sup>2</sup>, et d'instaurer des conditions favorables au renforcement de la coopération économique entre les Parties contractantes,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à réaliser de tels investissements et apporter ainsi une contribution importante au développement des relations économiques,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

**DÉFINITIONS**

Aux fins du présent Accord,

(1) Le terme « investissement » désigne toutes les valeurs en capital qui sont investies par l'investisseur d'une Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de cette dernière, en particulier :

a) Les biens mobiliers et immobiliers ainsi que tous les droits réels;

b) Les parts sociales et autres types de participation à des entreprises;

c) Les créances ou droits à une somme d'argent remise en vue de créer une valeur économique ou à une prestation ayant une valeur économique;

d) Les droits dans le domaine de la propriété intellectuelle, y compris les droits d'auteur, les droits de protection industrielle tels que les brevets d'invention, les marques commerciales, les modèles et dessins industriels ainsi que les modèles déposés, les procédés techniques, le savoir-faire, les noms commerciaux et la clientèle;

e) Les concessions de droit public accordées pour la prospection, l'extraction ou l'exploitation de ressources naturelles.

(2) Le terme « investisseur » désigne, en ce qui concerne la République d'Autriche :

a) Toute personne physique qui possède la nationalité de la République d'Autriche et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> octobre 1991, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Prague le 23 juillet 1991, conformément au paragraphe 1 de l'article 11.

<sup>2</sup> Notes et études documentaires, n°s 4271-4272 (15 mars 1976), p. 48 (La Documentation française).

b) Toute personne morale ou société de personnes de droit commercial qui a été constituée conformément à la législation de la République d'Autriche, a son siège social sur le territoire de la République d'Autriche et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

En ce qui concerne la République fédérale tchèque et slovaque :

a) Toute personne physique qui, conformément à l'ordre juridique tchécoslovaque, est ressortissante de la République fédérale tchèque et slovaque, est autorisée à opérer en qualité d'investisseur conformément à l'ordre juridique tchécoslovaque et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante;

b) Toute personne morale qui a été constituée conformément à l'ordre juridique tchécoslovaque, a son siège social sur le territoire de la République fédérale tchèque et slovaque et qui réalise un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(3) Le terme « produits » désigne les montants que rapporte un investissement, et englobe notamment les bénéfices, les intérêts, les augmentations de capital, les dividendes, les tantièmes et les droits de licence.

## *Article 2*

### **ENCOURAGEMENT ET PROTECTION DES INVESTISSEMENTS**

(1) Chacune des Parties contractantes encourage dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des investisseurs de l'autre Partie contractante, les autorise conformément à sa législation et les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

(2) Les investissements et leurs produits jouissent de l'entièr protection conférée par le présent Accord. Il en va de même pour les produits des éventuels réinvestissements. L'extension ou la modification légitimes d'un investissement doivent avoir lieu conformément à la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement est réalisé.

## *Article 3*

### **TRAITEMENT DES INVESTISSEMENTS**

(1) Chacune des Parties contractantes traite les investisseurs de l'autre Partie contractante et leurs investissements de manière au moins aussi favorable que ses propres investisseurs ou les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

(2) Cependant, les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux priviléges présents ou futurs qu'une Partie contractante concède aux investisseurs d'un Etat tiers ou à leurs investissements en relation avec

a) Une union économique, une union douanière, un marché commun, une zone de libre-échange ou une communauté économique;

b) Un accord international, une convention entre Etats ou des dispositions intérieures en matière fiscale;

c) Une réglementation destinée à faciliter le trafic frontalier.

*Article 4***INDEMNISATION**

(1) Les investissements des investisseurs d'une Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie contractante ne peuvent faire l'objet d'une expropriation, d'une nationalisation ou d'une autre mesure ayant le même effet que pour cause d'utilité publique, en vertu d'une procédure judiciaire et contre indemnisation.

(2) L'indemnisation doit correspondre à la valeur qu'avait l'investissement immédiatement avant le moment où l'expropriation effective ou la menace d'expropriation a été officiellement connue. Elle doit être versée sans délai et porter intérêt, jusqu'à la date du paiement, au taux bancaire habituel de l'Etat sur le territoire duquel l'investissement a été réalisé; elle doit être librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation doivent être prises au plus tard au moment de l'expropriation.

(3) Si une Partie contractante exproprie de ses valeurs en capital une société qui doit être considérée comme sa propre société, en application du paragraphe 2 de l'article premier, du présent Accord, et dans laquelle un investisseur de l'autre Partie contractante possède des parts, elle applique les dispositions du paragraphe 1 de façon à assurer une indemnisation équitable à cet investisseur.

(4) L'investisseur a le droit de faire vérifier la légalité de l'expropriation par les organes compétents de la Partie contractante qui y a fait procéder.

(5) L'investisseur a le droit de faire vérifier le montant de l'indemnisation et les modalités de son paiement, soit par les organes compétents de la Partie contractante qui a fait procéder à l'expropriation, soit par un tribunal arbitral conformément à l'article 8 du présent Accord.

*Article 5***TRANSFERTS**

(1) Chacune des Parties contractantes autorise sans délai les investisseurs de l'autre Partie contractante à transférer librement et en devises librement convertibles le montant des règlements qui se rapportent à un investissement, en particulier :

a) Le capital et les sommes complémentaires nécessaires au maintien ou à l'extension de l'investissement, y compris celles nécessaires à sa gestion;

b) Les produits;

c) Les remboursements d'emprunts;

d) Le produit de toute liquidation ou cession totale ou partielle de l'investissement;

e) L'indemnisation visée au paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord.

(2) Les transferts visés au présent article sont effectués aux taux de change officiels en vigueur sur le territoire de la Partie contractante à la date du transfert. Les commissions bancaires sont équitables et raisonnables.

*Article 6***SUBROGATION**

(1) Si l'une des Parties contractantes ou une institution habilitée par elle à cet effet effectue des versements à son investisseur, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît la cession à la première Partie contractante de tous les droits que la loi ou un acte juridique confère à cet investisseur. Cette disposition s'applique sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie contractante visés à l'article 8, et des droits de la première Partie contractante visés à l'article 9 du présent Accord.

(2) L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans tous ces droits, que la première Partie contractante est habilitée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert du montant des paiements à effectuer à la Partie contractante concernée au titre des droits cédés, les articles 4 et 5 s'appliquent *mutatis mutandis*.

*Article 7***AUTRES OBLIGATIONS**

(1) Si en vertu de la législation d'une Partie contractante ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Accord, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Accord, ladite disposition l'emporte sur le présent Accord dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Les investisseurs d'une Partie contractante peuvent conclure avec l'autre Partie contractante des contrats particuliers dont les dispositions ne doivent toutefois pas être en contradiction avec le présent Accord. Les investissements réalisés en vertu de ces contrats sont régis par les dispositions desdits contrats et celles du présent Accord.

*Article 8***RÈGLEMENT DES DIFFÉRENDS EN MATIÈRE D'INVESTISSEMENT**

(1) Les différends qui peuvent surgir entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante à la suite d'un investissement au sujet du montant ou des modalités de règlement d'une indemnisation aux termes de l'article 4 ou des obligations de transfert en vertu de l'article 5 du présent Accord, sont dans la mesure du possible réglés à l'amiable entre les parties en cause.

(2) Si un différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de six mois à compter d'une notification écrite de réclamations définies de manière suffisamment précise, il est statué sur le différend, sauf disposition contraire, sur demande de la Partie contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie contractante, par une procédure arbitrale conformément au règlement d'arbitrage de la CNUDCI dans la version en vigueur au moment de la demande d'ouverture de la procédure arbitrale.

(3) La sentence du tribunal arbitral est définitive et contraignante; chaque Partie contractante veille à faire reconnaître et exécuter la décision arbitrale conformément à sa législation.

(4) Une Partie contractante qui est partie au différend ne peut valablement invoquer à aucun stade de la procédure arbitrale ou de l'exécution d'une décision arbitrale l'exception selon laquelle l'investisseur, qui est l'autre partie au différend, a perçu en vertu d'une garantie une indemnisation pour tout ou partie de ses pertes.

### *Article 9*

#### **DIFFÉRENDS ENTRE LES PARTIES CONTRACTANTES**

(1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont, dans la mesure du possible, réglés par des négociations à l'amiable.

(2) Si un différend ne peut être réglé de la manière prévue au paragraphe 1 dans un délai de six mois, il est soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des deux Parties contractantes.

(3) Le tribunal arbitral est constitué au cas par cas de la manière suivante : les Parties contractantes nomment chacune un membre et ces deux membres désignent d'un commun accord une tierce personne comme président. Les membres du tribunal sont nommés dans les deux mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral, et le président dans les deux mois suivants.

(4) Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président de la Cour internationale de Justice est un ressortissant de l'une des deux Parties contractantes ou s'il est empêché pour une autre raison, le Vice-Président ou, en cas d'empêchement, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice est invité dans les mêmes conditions à procéder aux nominations.

(5) Le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

(6) Le tribunal arbitral statue conformément au présent Accord et aux règles généralement reconnues du droit international. Il se prononce à la majorité des voix; ses sentences sont définitives et contraignantes.

(7) Les Parties contractantes supportent chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais sont répartis à égalité entre les deux Parties contractantes. Le tribunal peut toutefois fixer dans sa sentence un autre mode de répartition des frais.

### *Article 10*

#### **APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD**

Le présent Accord s'applique aux investissements que des investisseurs de l'une des Parties contractantes ont ou auront réalisés après le 1<sup>er</sup> janvier 1950 sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à sa législation.

*Article 11***ENTRÉE EN VIGUEUR ET DURÉE**

(1) Le présent Accord est soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui où les instruments de ratification auront été échangés.

(2) Il restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une durée indéterminée; chacune des Parties contractantes pourra le dénoncer par écrit par la voie diplomatique en observant un préavis de douze mois.

(3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date de la dénonciation du présent Accord, les articles premier à 10 continueront de s'appliquer durant dix ans à compter de cette date.

FAIT à Vienne, le 15 octobre 1990, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

FERDINAND LACINA

Pour la République  
fédérale tchèque et slovaque :

VÁCLAV KLAUS

---